

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 216/2002

Sitzung vom 18. September 2002

1455. Anfrage (Förderung der Berufsmaturität)

Kantonsrätin Chantal Galladé, Winterthur, hat am 8. Juli 2002 folgende Anfrage eingereicht:

Die Berufsmaturitätsschule (BMS) steigert die Attraktivität der Berufslehre, erhöht die Durchlässigkeit im Bildungswesen und bringt Studierende für die Fachhochschulen. Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen ihrerseits sind in der Wirtschaft durch ihren Praxisbezug sehr gefragt und besetzen oft wichtige Schlüsselpositionen. Doch ist es immer noch so, dass die Anzahl BMS-Schülerinnen und -Schüler deutlich tiefer liegt als die Anzahl Personen, welche die gymnasiale Matura absolvieren. Neuerdings ist die Zahl der BMS-Schülerinnen und -Schüler sogar am Abnehmen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer davon ist sicher, dass vielen Lehrbetrieben, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern die Vorteile der BMS zu wenig bekannt sind. Ein anderer mag sein, dass es sehr anspruchsvoll ist, neben einer Berufslehre und Berufsschule die zusätzliche Leistung für die BMS zu erbringen. Es kann aber nicht im Interesse des Kantons, der Wirtschaft, der Fachhochschulen und der jungen Menschen sein, wenn der BMS-Anteil abnimmt. Viel eher sollten Überlegungen und Bemühungen stattfinden, wie mehr junge Menschen für den Besuch der BMS motiviert werden können.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Knapp 12 Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchen die BMS. Deutlich mehr absolvieren die gymnasiale Mittelschule. Hält es der Regierungsrat auch für erstrebenswert, die Anzahl der BMS-Schülerinnen und -Schüler anzuheben und damit das Erfolgsmodell Berufsmatura weiter zu fördern? Wenn ja, besteht eine Planung oder ein Konzept, um dies zu realisieren?
2. Wo sieht der Regierungsrat die Gründe für den tiefen und jetzt sogar abnehmenden Anteil an BMS-Schülerinnen und -Schülern? Und wie will man diese Ursachen bekämpfen, damit sie kein Hindernis mehr darstellen und damit genügend Studentinnen und Studenten für die Fachhochschulen rekrutiert werden können?

3. Welche Massnahmen unternimmt der Regierungsrat, um diese Situation zu ändern? Und wie sollen Lehrbetriebe, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern in Zukunft verstärkt auf die BMS aufmerksam gemacht werden? Wäre eine Informationskampagne für Eltern, Lehrbetriebe und Jugendliche für den Regierungsrat eine sinnvolle Massnahme?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Chantal Galladé, Winterthur, wird wie folgt beantwortet:

Der Anteil von rund 12% Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden im Kanton Zürich liegt deutlich über dem landesweiten Mittel von rund 8%. Gesamtschweizerisch betrachtet ist die Zahl der Abschlüsse in den letzten Jahren zwar kontinuierlich gestiegen, verglichen mit der Zahl der gymnasialen Zeugnisse liegt sie jedoch deutlich tiefer. Gesamtschweizerisch haben die Fachhochschulen Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Eine Steigerung der Zahl der Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden dürfte nur möglich sein, wenn die Berufsbildung wieder vermehrt leistungsstarke Jugendliche für sich gewinnen kann, die in den letzten Jahren an die Mittelschulen abgewandert sind. Zwischen 1990 und 1998 hat die Zahl der Berufsabschlüsse um 21% abgenommen, diejenige der Maturitäten jedoch um 26% zugenommen.

Die Berufsmaturitätszeugnisse stammen grösstenteils aus dem technischen und kaufmännischen Bereich. So besuchen von 1922 Informatiklehrlingen im Kanton Zürich 709, also rund 37% die Berufsmittelschule. Demgegenüber erwarben im Baugewerbe im letzten Jahr nur zirka 2 Prozent der Lehrlinge ein Berufsmaturitätszeugnis. Dieser niedrige Anteil liegt darin begründet, dass es einerseits eher schwächere Schüler sind, die Berufe aus gewerblichen Berufsfeldern wählen. Andererseits führt die typische Weiterbildungskarriere in gewerblichen Berufen zur höheren Fachprüfung. Gemäss Bundesamt für Statistik gibt es Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden lediglich in 30 Berufen, also einem Zehntel aller Lehrberufe. Noch immer gilt in vielen Berufen die Berufsmaturität als stark belastend. Auch die erhöhte Abwesenheit vom Betrieb, bedingt durch den zusätzlichen Schulbesuch macht die Berufsmaturität bei den Beteiligten häufig unbeliebt.

Die Bemühungen um Attraktivitätssteigerung der beruflichen Ausbildung, die mit der Schaffung der Berufsmaturität und der Fachhochschulen in den 90er-Jahren begonnen wurden, werden mit dem Projekt «Die Passerelle von der Berufsmaturität zur gymnasialen Matura und

zur allgemeinen Hochschulreife» fortgesetzt. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Rolf Dubs hat im Auftrag von Bund und Kantonen Vorschläge ausgearbeitet. Durch eine zusätzliche Prüfung soll den Berufsmaturitätsabsolventen die Möglichkeit eingeräumt werden, eine gegenüber der gymnasialen Maturität gleichwertige Qualifikation zu erlangen. Damit kann die Durchlässigkeit auch für die Berufsbildung gewährleistet werden, nachdem Gymnasiastinnen und Gymnasiasten bereits Zugang zu den Fachhochschulen haben, wenn sie vorgängig ein Praktikum absolvieren.

Eine Zunahme der Berufsmaturitätsabschlüsse ist künftig auf Grund der neuen Berufsmaturitätsrichtung Gesundheit und Soziales zu erwarten. Im Hinblick auf die Unterstellung der Gesundheits- und Sozialberufe unter das neue Berufsbildungsgesetz wird auf Bundesebene unter Beteiligung der betroffenen Institutionen und Gruppierungen eine neue Berufsmaturitätsrichtung Gesundheit und Soziales erarbeitet. Im Rahmen von Pilotlehrgängen soll die neue Berufsmaturitätsrichtung in verschiedenen Kantonen ab Herbstsemester 2002/03 angeboten werden. An der Berufsmaturitätsschule Zürich ist auf Semesterbeginn eine Klasse BM 2 gestartet mit einem Schülerbestand von über zwanzig. Im Rahmen der Einführung der neuen Lehre Fachangestellte(r) Gesundheit wird auch die lehrbegleitende Berufsmaturität der neuen Richtung angeboten. Die vom Bildungsrat kürzlich eingesetzte Kommission «Koordination Volksschule – Berufsbildung» prüft sodann Möglichkeiten zur Verbesserung der Information über die Ausbildung im Rahmen der Berufsmittelschule.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi